

Ines Geipel

Der ostdeutsche Wahlsummer

Der ostdeutsche Wahlsummer: Ein ganzes Land starrte auf seine alte Angst, von der es hieß, dass sie dabei sei, eine neue zu werden. Es gäbe gute Gründe dafür, meinten die einen. Andere wiederum wollten sich lieber nicht verunsichern lassen. Ausschläge wie diese gehörten nun mal ins Demokratie-Spektrum. Die Zeiten seien vulnerabel. Es würde sich auswachsen, so die Ansicht.

In der innerostdeutschen Debatte drehte die Spaltungssaga vom abgehängten, kolonisierten, übernommenen Ostdeutschland eine nächste große Runde. Aller Unmut zwischen Ost und West durfte noch einmal episch ausgetragen werden. Ab Mitte August dominierten die Ministerpräsidenten-Tricks, die üblen oder verharmlosenden Slogans. Schließlich die Wahlen. Das Ergebnis: Die neuen Parlamente in Sachsen, Thüringen und Brandenburg fanden sich am Rand der Unregierbarkeit wieder, so sie überhaupt zustande kommen würden. Dann als erstes die Konstituierung des Thüringer Landtages. Geplantes Chaos, Strategiefinten, allgemeine Ratlosigkeit. Das ging würde nun erwartungsgemäß so weiter gehen. Die BSW-Chefin Sahra Wagenknecht forderte von der Thüringer CDU die Distanzierung von Friedrich Merz und meinte damit übersetzt Westbindung, Nato, Ukraineunterstützung, Europäische Union. „Nach der entsetzlichen Rede von Friedrich Merz diese Woche im Bundestag, in der er faktisch einen Kriegseintritt Deutschlands gegen Russland gefordert hat, können wir mit seiner Partei nur in Koalitionen eintreten, wenn die Landesregierung sich von solchen Positionen klar abgrenzt“, erklärte sie gegenüber dem „Spiegel“.

Was machen damit? In allen drei Bundesländern konnte die als Verdachtsfall oder rechtsextrem eingestufte AfD seit den letzten Landtagswahlen

noch einmal fünf bis sechs Prozentpunkte zulegen. Der ländliche Raum, insbesondere in Brandenburg und Sachsen, gilt mit nun des Öfteren 60 Prozent als von der AfD übernommen. Das, was sich medial ereignet, dürfte nicht mehr sonderlich viel damit zu tun haben, was sich mittlerweile als ländlicher Raum versteht. Nicht nur die Fabeln über den Osten sind krasser, auch seine Realität.

Das Bedürfnis war groß, nach dem Wahlschock im Osten gleich wieder zur politischen Tagesordnung überzugehen. Möge das, was auch immer da stattfindet, etwas sein, was vorüberzieht, auf jeden Fall regional begrenzt bleibt. Genau das wird es nicht tun. Dafür ist die AfD mittlerweile zu professionell, zu strategisch unterwegs, mit zu viel Geld ausgestattet, dafür ist sie längst zu viel Volkspartei. Dafür ist in den Osten über Jahrzehnte zu viel Nein, zu viel Abwehr hineinerzählt worden. Politischer Sprengsatz, der wohlfeil gegen den Westen, Europa, die Einheit zum Einsatz gebracht werden kann.

Es gibt etliches, was in die Bilanz des Wahlsummers gehört: die Heimatduselei, die billigen Gefühlsrhetoriken, die geschredderte Linke. Anderes wiederum weist nach vorn und dürfte mehr sein als ein Sommerspektakel. So konnte die AfD mit ihrem strategischen Social Media-Wahlkampf insbesondere bei den Jungen punkten. Allein in Thüringen haben sich 38 Prozent der Erstwähler für die AfD entschieden. 38 Prozent in einem rechtsextrem geprägten Umfeld sind ein politischer Keimzustand. Er bedeutet einen Alltag des Nichtzweifels, der Gewissheit der Stärke und Brutalität, auch der durchschlagenden Lösungen. In der Jugendwahlstudie 2024 wird die Gen Z als nicht nur „orientierungslos, sondern auch emotional aufgeladen“ bezeichnet.

Die emotionale Aufgeladenheit. Ich würde gern noch einmal einen Schritt zurückgehen: Herbst 1989 und die deutsche Revolution, als sich die Ostdeutschen nach 56 Jahren Doppeldiktatur zum ersten Mal die Möglichkeit erkämpften, in der Demokratie zu leben. Der Anfang hatte etwas von Zauber, Erlösung, Zuversicht, Glück. Man wollte endlich zur Welt gehören, frei sein,

durchstarten, das eigene Ding machen. 35 Jahre später ist die extreme Rechte in bislang nicht dagewesener Ausformung politische Realität. Aber wie ist aus einer Gesellschaft von glücklichen Durchstartern eine von Neinsagern, Runtermachern, Hassern geworden, die sich gegen ihr eigenes Gewissen stellt, ihre Erfolge totredet und ihre Zukunft verbaut? Die Geschichte, die zu erzählen ist, ist die Geschichte eines politischen Bumerangs, bei Lichte besehen einer neuen Mauer. Wer hat sie gebaut? Wann? Wieso? Womit? Es gibt nicht die eine Antwort, aber vielleicht ein paar Kernpunkte.

Eine direkte Linie verweist auf das, was in den Jahren bis 1989 im Osten geschehen ist und damit bei Lichte besehen auf die Tiefe, aber auch das Ausmaß der gegenwärtigen Schulddynamiken. Der große Zeitstein in diesem Kontext heißt noch immer Auschwitz. Es ist das große Besteck, das da auf dem Tisch liegt, der immer weiter währende große Schrecken. Laut DDR-Staatsdoktrin sollte all das allein im Westen liegen. Dort saßen die Täter, im Osten ausschließlich die Opfer.

Erst im Frühjahr 1994 und damit fast fünf Jahre nach dem Mauerfall war die sogenannte „Geheimakte Buchenwald“ erschienen. Im Kern ging es darum, dass der 1949 gegründete Staat im Osten Deutschlands neben etlichem anderen auch ein Staatsherz nötig hatte, eine emotionale Urbegründung. Auf diese Idee folgten allerhand Machtscharmützel und Strategiespiele im Ostberliner Apparat, in deren Folge die Wahl auf die Legende vom dramatischen Kampf der Buchenwald-Kommunisten um die Befreiung des Lagers fiel. Es ging um alles: um Solidarität, den Sieg über Hitler, um Schicksal, Leid, Opferung, Selbstermächtigung.

Mit der Geheimakte von 1994 aber bekam der Buchenwald-Mythos erstmals schwere Risse. Die reale DDR war seit fünf Jahren ad acta, nun aber lagen Quellen auf dem Tisch, die das ideelle Erbe des Staates mehr als in Frage stellten. Denn die Fakten belegten, dass die kommunistischen Buchenwald-

Kader eine „mafiose Struktur kollektiver Selbstbehauptung“ aufgebaut und eng mit der Lager-SS kooperiert hatten. Ein System in System, das insbesondere auf die ab Mitte 1941 praktizierte systematische Ermordung von Kranken durch Gifteinjektionen und tödliche Medizinexperimente an Fleckfieber-Häftlingen abzielte. Ein System im System, das konkret bedeutete: Von den 56 000 in Buchenwald umgekommenen Häftlingen waren 72 deutsche Kommunisten. 72 von 56 000. Eine Zahl, die in Ostdeutschland derart emotional besetzt ist, dass sie noch immer als Gesellschaftswissen abgewehrt werden muss.

„Von allen Schlachten, die der Antifaschismus geschlagen hat, ist das Kapitel Buchenwald eines der heroischsten“, war bereits Ende 1945 in der ersten Buchenwald-Geschichte zu lesen. Die Legende vom deutschen Kommunisten als Hitler bezwingenden Helden war damit gesetzt und sollte nun unter enormem Druck als Staatserzählung und Gedächtnismassiv gesellschaftlich etabliert werden. Der Terror der Lager war das Unfassbare im Extrem. Es ging ums blanke Überleben. Den deutschen Kommunisten vorzuhalten, für sich und ihre Leute einen Lagerschutz organisiert zu haben, ginge an ihrem Überlebenskampf vorbei. Aber Mord bleibt Mord. Buchenwald hätte mit seiner umgruppierten historischen Wahrheit nach 1945 nicht zur zentralen Stätte der DDR-Gedächtnispolitik werden dürfen. Der Ort war schlicht nicht geeignet dafür. Das neue Regime aber brauchte ihn, es brauchte seinen Symbolwert. Es war eine erste zentrale Umschreibung, eine harte Staatslüge.

Aber welche Relevanz hat dieser Umbauakt für den heutigen Osten noch? Kaum ein anderes Thema dürfte emotional noch immer so umkämpft sein wie der Rote Antifaschismus. Er ist eine Art letzte Identitätsbank, der Panzer vor allen politischen Entlastungsmanövern. Was auch immer die DDR war, heißt es immer wieder, aber das mit dem Roten Antifaschismus haben wir jedenfalls gut hinbekommen. Doch dann kam der Westen und hat uns auch das noch genommen.

Es geht um ein Doppelkonstrukt der Abwehr. Solange in Ostdeutschland die deutschen Verbrechen und die Negatividentität Auschwitz, aber auch der Rote Antifaschismus weiter abgewehrt und verleugnet werden, wird sein Gedächtnis in Unordnung bleiben, wird das laute Schweigen über Nazi-Zeit wie Stasi-Zeit andauern. Denn es in dieser Doppelabwehr gibt keinen Kontinuitätenbruch. Obwohl über Nationalsozialismus und DDR viel geforscht und aufgedeckt wurde, landete dieses Wissen nicht dort, wo es hätte landen sollen, in der Mitte der Gesellschaft. Die Folge heute: kein gesichertes Bild des Vergangenen, keine internalisierte Aufarbeitung.

Eine Hypothek, die sich auswuchs, zumal der Osten etliche Schweigesysteme beherbergt: Hunderte Kommunisten, die in den fünfziger Jahren aus den sowjetischen Gulags heimkamen und den Stalinterror ausblenden mussten, vier Millionen Vertriebene aus Ostpreußen, Pommern, Sudetenland, Schlesien, die in der DDR nur „Umsiedler“ heißen durften und ansonsten keine Herkunft, keine Identität keine Geschichte haben durften, Hunderttausende, die in den DDR-Zuchthäusern gequält wurden, eine halbe Million Kinder in den DDR-Heimen, zwangsenteignete Bauern, tausende zwangsgedopte Sportler ... Der Osten als Hotspot eines Leids, für das auch nach 1989 kein Raum geschaffen wurde. Schaut man sich die Wähler-Karte nach den Wahlen in Brandenburg an, ist sie in den Braunkohlengebieten der Lausitz oder an der Grenze zu Polen flächendeckend AfD-blau. Es ist dort, wo besonders viele Vertriebenen-Familien leben. Es ist dort, wie nun die Jungen das unerlöste Erbe auslösen, indem sie sich politisch völlig verlaufen.

Wie keine andere hat die bundesdeutsche 68er-Generation die politischen Debatten in der alten Bundesrepublik geprägt. Die Jahrgänge zwischen 1935 und 1950 sind eine Konfliktgeneration, die mit ihrer Gegen-Identifizierung hin zu den Opfern des Nationalsozialismus spätestens Ende der siebziger Jahre den großen Erinnerungs-Turn einleitete. Ein harter Streit ums Fundament, um ein

belastbares Geschichtsbild auf dem Weg hin zu einer erinnerungsbewussten Nation. In der Rezeption ist dabei das Bild einer Sponti-Generation entstanden, die das Kollektivtrauma der Deutschen aus dem Zeittunnel holte und in die Mitte der Gesellschaft wuchtete. Das Ergebnis: umgeworfene Familientische, rüde Kontroversen, viel Gewalt. Die Intervention hatte gleichwohl Wirkung und wurde zum Katalysator für die Liberalisierung der westdeutschen Gesellschaft. Zu ihr gehörte auch das Selbstbild einer gelungenen Aufarbeitung des Nationalsozialismus, die nach 1989 zu einer in die Welt exportierte Erfolgsgeschichte wurde, die dem neuen Einheitsdeutschland jedenfalls viel Prestige einbrachte. Im Schattenraum dieses Selbstbildes machte sich allerdings auch ein deutliches Unbehagen im Hinblick auf diesen Erinnerungsmodus breit. Der Vorwurf lautete, die 68er-Generation kreiselte hauptsächlich um den Mythos kollektiver Unschuld, ihre Trauer sei „in erster Linie selbstbezüglich“, „die Identifizierung hysterisch“, die tatsächlichen Opfer würden bei Lichte besehen keine Rolle spielen. Im Raum stand, dass sich diese Generation qua Scheinsolidarität und Erinnerungsrituale der tatsächlichen Auseinandersetzung entzogen hätte. Ein Vorwurf, der schwelt und der nun vor allem aufs Jetzt abzielt.

Ein harscher Generationenstreit, in dem Fall im Westen. Zu ihm gehörte, dass die westdeutsche Gesellschaft nach wie vor intensiv mit dem Holocaust befasst war. In jene Anstrengung aber hatte sich etwas Neues geschoben: der Kriegskinder-Diskurs. Ein gedächtnispolitisches Skript, das die deutsche Zivilbevölkerung um 1945 als Opfergemeinschaft zeichnete. Um sie gruppierte sich eine mäandernde Flut an Erinnerungsliteratur, Traumaforschung, Fachtagungen, interdisziplinären Fortbildungen, regionalen Selbsthilfegruppen, in deren Folge im Westen sukzessive eine mehrgenerationelle Erinnerungsgemeinschaft entstand. Ein Netzwerk des Schmerzes, das sich europäisierte und den Schuldkomplex der Deutschen sukzessive integrierte, es jedenfalls versuchte.

Und im Osten? Dort hatte die Doppelhelix aus verweigerter Aufarbeitung des Holocaust und des korrumpierten Buchenwaldkomplexes die Gesellschaft ins gedächtnispolitische Nirwana geschickt. Für das, was Ost und West zukünftig politisch zu verhandeln hatten, war dieser historische Doppelknoten zentral. In den Buchenwaldkomplex war der Holocaust wie in einer Krypta eingelagert. Beide Gedächtnisfelder verschränkten sich instrumentell ineinander. Vielleicht sollte man eher von einer historischen Verschlingung sprechen. Das betrifft nicht nur den Osten, aber aus dieser beschwiegene Verzahnung speist sich die politische Entzündlichkeit des Ostens. Sie muss gelesen, verstanden, für sie muss es eine erinnerungspolitische Lösung geben.

Die Sache mit den Familien im Osten, ihren Tabus, den Löchern aus den Kriegen, dem Doppelschweigen aus Nationalsozialismus und DDR, den transgenerationellen Delegationen. Die Jungen, die keine DDR mehr kennen, atmen den unbesprochenen Schmerz der Alten, fechten aus, bringen zu Ende. Die Wahlen im Osten als Wutwahl, als Bauchwahl, als Revanchewahl. Im Bauch des Ostens steckt vieles: die Jahre vor 1989, die Jahre nach 1989, die globalen Populismen, die Wucht der Legenden.

Bei der Analyse der Ostwahlen haben wir mindestens mit drei Unwuchten zu tun: zum einen die historische Perspektive bis 1989, zum zweiten die Transformationsdimension nach 1989, die jeder und jedem Ostdeutschen abverlangte, sich komplett neu aufzustellen. Insolvente Betriebe, hohe Arbeitslosenzahlen, harsche Umbrüche, ein erschreckendes Gesellschaftsloch, rapid aufbrechende Gewalt, die weithin verpasste juristische Aufarbeitung. Von 100 000 Ermittlungen nach 1989 kam es nur bei einem Prozent zur Anklage. 40 Personen erhielten nach vierzig DDR-Diktatur Freiheitsstrafen ohne Bewährung. Die DDR-Eliten mussten nicht mal wirklich innehalten. Dazu die Psychologie der Doppeldiktatur in ihrer explosiven Turbulenz, all das Unbesprochene, Ungeklärte, Weggedrückte, von Generation zu Generation Weitergetragene. Es

hat uns viel beschäftigt, es beschäftigt uns in seiner Retraumatisierung gerade neu. Ostdeutschland ist auf dramatische Weise in der Regression.

Ein dritter Punkt, der in die Bilanz der ostdeutschen Sommerwahlen eingeht, ist die nach 1989 strategisch aufgebaute Legendenwelt. Etwas, das bislang eher weniger in den Blick genommen worden ist und das mich in meinem aktuellen Buch „Fabelland“ beschäftigt hat. Die Kernerzählung hier ist die vom abgehängten, kolonisierten, feindlich übernommenen Osten und dem dauerschuldigen Westen. Eine Erzählung, die hochemotional promotet und öffentlich zementiert wurde, insbesondere, um die doppelte Schuldabwehr zu gewährleisten und das Gesellschaftsloch Ost aufzufüllen. Es war ein Märchen von Ostdeutschen über Ostdeutsche. Sein Schlüssel? Je mehr Legende, umso weniger Realität. Ein Märchen, das sich sukzessive aufgebaut hat. Zunächst über Intellektuelle, insbesondere ostdeutsche Theaterleute. Über den Augenblick des Mauerfalls 1989 sagte der Dramatiker Heiner Müller: „Der Schritt, der jetzt getan wird, mehrheitlich, ist der Schritt von einer Knechtschaft in die nächste.“ Bereits 1990, noch mitten in den Revolutionswochen, hatte Hans-Joachim Maaz, von 1980 bis 2009 Chefarzt der Klinik für Psychotherapie und Psychosomatik im Diakoniewerk Halle an der Saale, das Buch „Gefühlsstau. Psychogramm einer Gesellschaft“ vorgelegt. Ein programmatischer Diagnosetext über die ostdeutsche Gesellschaft nach 56 Jahren Doppeldiktatur, der auf Kategorien setzte, die bis 1989, aber auch lange danach beharrlich weggeblendet wurden. „Das entscheidende Wirkungsprinzip des `real existierenden Sozialismus` war die Gewalt. Es gab die direkte offene Gewalt durch Mord, Folter, Schießbefehl, Inhaftierung und Ausbürgerung, und es gab die indirekte Gewalt durch Indoktrination und durch ein System von Nötigungen, Einschüchterungen und Angst“.

Das Maaz-Buch wurde allein durch den Zeitpunkt seines Erscheinens zum Dokument. Seine Wucht, sein Befund, seine Unverstelltheit resultierten aus dem

unmittelbaren Erfahrungsraum des Ostens. Nur ein Jahr später reichte der ostdeutsche Seelenexperte 1991 das Buch „Das gestürzte Volk. Die verunglückte Einheit“ nach. Diesmal lagen die Ostdeutschen als ein „aus der Form gestürzter Pudding“ auf der Couch. Verlustängste, Desillusionierungen, doch nicht nur das. Übergangslos beschreibt Maaz die deutsche Einheit nun als einen „Akt der Unterwerfung und Kolonialisierung ... Viele fühlen sich wie nach einem verlorenen Krieg, von einer Siegermacht besetzt, die in einem umfassenden Diktat das Volk untere einen neuen schmerzlichen Gehorsam zwingen möchte.“ Unterwerfung, Kolonisierung, Betrug, verlorenen Krieg, Siegermacht, neuer Gehorsam. Hans Joachim Maaz hatte sich seinen Wörterhof gebaut. Bitterkeit, Zorn, Enttäuschung, enorme Abwehr, auch beim Analytiker selbst. Die zweite Müller-Knechtschaft, die zweite Maaz-Unterwerfung, dann das Thema offene Vermögensfragen. Es wurde öffentlich aufgebaut als übler Klau des Westens. Altnazis kamen aus Stuttgart und Frankfurt und holten sich ihre Häuser und Liegenschaften. Realiter wurden die offenen Vermögenfragen zum Erfolg der Ostdeutschen, denen es gelang, ihre Häuser, Wälder, Güter offensiv zu verteidigen. Lediglich 22 Prozent der Restitutionsanträge wurden bewilligt. Dieselbe Kluft zwischen Realität und Legende ließe sich auch für die Treuhand, den Hungerstreik von Bischofferode 1993, die zwei Billionen Euro Transferleistung von West nach Ost oder die aktuellen Sozialdaten belegen.

Denn die Zahlen im Hinblick auf den Osten sind erstaunlich gut: Er ist längst zum Motor der deutschen Wirtschaft geworden. LNG-Terminals, erneuerbare Energien, große Flächen – alles da. Sanierte Städte, eine deutlich bessere Infrastruktur als im Westen, höchste Investitionskosten, neueste Entwicklungs- und Forschungkerne. Die Renten in Ost und West sind seit Mitte 2023 angeglichen. Die Zahl der Millionäre in Städten wie Dresden und Leipzig wächst. Eine Erfolgsgeschichte, die jedoch öffentlich keine Rolle spielt. Wieso? Weil sie echte Sprengkraft hätte? Weil sie zwangsläufig die Frage aufruft: je besser die Sozialdaten, umso weniger Demokratie, umso wuchtiger der

politische Bumerang? Aber was sind die Ursachen für diese alarmierende Schiefelage? Die deutsche Gesellschaft hat sich zu lange mit den Zahlen - mit Rente, Gehältern, Erbe - aufgehhalten. Ohne Frage, sie waren wichtig, doch bei Lichte besehen Stellvertreter. Über sie konnte sich der Westen den Schmerz des Ostens fernhalten und die Frage der Doppeltyrannei weithin unbeantwortet lassen.

In diesem Kernschatten wurde Ostdeutschland ab dem Jahr 2000 aber auch als strategischer Propaganda-Raum Putins aufgebaut, reorganisierte sich die alte Täterklientel, gerieten die drei Millionen DDR-Unrechtsoffer zusehends unter Druck. Was die Kirchen zu DDR-Zeiten an Gesellschaftsgewissen aufrechtzuhalten vermochten, pulverisierte sich in der wüsten Politlandschaft Ost nach 1989. Den gesellschaftlichen Auftrag zur versöhnenden Einheit des Landes konnte sie nicht erfüllen. Niemand konnte es. Die Parteien nicht, die Reste der Zivilgesellschaft nicht, Kultur und Kunst nicht, die ausgeblutete Vereinslandschaft nicht. Blinde Flecken, die zur belastenden Nachgeschichte der lange Diktaturgeschichte des Ostens gehören und das entzündliche Klima weiter anfachen.

Und dennoch: Die ostdeutsche Opfer-Saga hat ausgedient. Gegen alle Prognosen, gegen viel Druck und Strategie hat der demokratische Osten gegengehalten. Er hat sich vernetzt, Aktionen gestartet, demonstriert, neue Bündnisse ermöglicht und damit klargemacht, dass er nicht weichen wird. Das erklärte Ziel der AfD, mit 40 Prozent Wählerstimmen den Machtwechsel herbeizuführen, ist an diesem hart durchgekämpften Ja zur Demokratie zerschellt. An diesen Sommerwahlen ist nichts zu beschönigen, aber die gewachsene politische Kultur der Mitte im Osten ist auch eine Realität. Ein neuer Text ist überfällig, ja, er ist existentiell: mit Stolz auf das Erreichte, mit Esprit im Hinblick auf die anstehende zweite Transformation im Osten, mit Lust auf kreative Kooperationen zwischen Ost und West.

